

**Thomas Bauer: Vorrang für Investitionen als neue Regel
in die bayerische Verfassung aufnehmen**

München, 6. April 2011
05 / 11

(bbiv) München. „Die andauernde Abhängigkeit der Bauetats als Restgrößen der öffentlichen Haushalte muss aufhören: Wir müssen endlich sicherstellen, dass Investitionen als Zukunftsvorsorge in allen öffentlichen Haushalten Vorrang vor konsumtiven Ansprüchen bekommen und wir müssen eine Mindestinvestitionsquote von 15 % für alle öffentlichen Haushalte verbindlich festschreiben“, forderte Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, heute beim Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in Straubing.

Als Rettungsmaßnahme in der Finanzkrise sei Bauen zwar wieder mehr geschätzt worden, so Bauer. Jetzt aber schwindet die Wertschätzung des Bauens wieder, jedenfalls wenn man sich anschaut, wo wieder in den öffentlichen Haushalten "gespart" wird: Gekürzt werden die Bauetats. „Dass dadurch an der Zukunft gesündigt wird und dass auch die Baufirmen wieder in eine schwierige Lage gestoßen werden, wird in Kauf genommen“, so Bauer.

Als ein lobenswertes Hoffnungssignal bezeichnete Bauer die aktuelle Entscheidung zur Anhebung des bayerischen Staatsstraßenetats, der 2011 zusammen mit den Mitteln für die Beseitigung der Frostschäden sogar höher ausfallen soll als 2010.

Damit die Investitionsetats im Ringen um die Etatmittel gegenüber den Konsumansprüchen bestehen können, brauchen wir eine Regelbindung, so Bauer: „Nur so erreichen wir eine Konstanz und Kontinuität des Bauens.“ Davon gewinnen alle: die Infrastruktur, die Bürger und die Bauunternehmen. Letztere können ihre Kapazitäten besser auslasten und ihre Bauaufgabe schneller und damit billiger für das Land ausführen, als wenn sie sich mit dem ewigen Stopp and Go der öffentlichen Etats auseinandersetzen müssen – mit Stilllegungs- und Stillstandskosten sowie den Kosten für das Wiederanfahren der Bauaufgaben: „Völlig unnütze Kosten“, so Bauer.

Bauer abschließend: „Bayern sollte daher Vorbild sein und diese Regelbindung nicht nur als erster einführen, sondern sie auch in die bayerische Verfassung aufnehmen.“